

Die EU muss dazu gedrängt werden Siedlungsprodukte zu verbieten

Tom Moerenhout, electronicintifada.net, 19.04.22

Nachdem Russland im Jahr 2014 die Krim besetzt und annektiert hatte, verbot die Europäische Union kurzerhand die Einfuhr von dort hergestellten Produkten. Als Grund wurde angegeben, dass die Krim kein souveränes Gebiet Russlands sei.

Die Europäische Kommission hatte sich geweigert, unsere Bürgerinitiative zu registrieren. Nach einem Gerichtsurteil im vergangenen Jahr sah sie sich dann gezwungen sie doch zu registrieren.

Unter tosendem Beifall tat die EU dasselbe in Bezug auf die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete von Donezk und Luhansk, als Russland 2022 begann einen umfassenden Krieg gegen die Ukraine zu führen. Die EU hat diesen Handel mit Hilfe von Sanktionen unterbunden.

Durch den Einsatz von Sanktionen kann sie wählen, wann sie das Internationale Recht anwendet und wann nicht. Diese Heuchelei untergräbt das Internationale Recht.

Was die EU braucht, ist eine allgemeine Regelung, die den Handel mit allen illegalen Siedlungen verbietet, überall, jederzeit, jetzt und in Zukunft, ein für alle Mal.

Die EU-Bürger können nun vertraulich eine offizielle Europäische Bürgerinitiative unterzeichnen, die die Verabschiedung eines solchen Gesetzes fordert (<https://stopsettlements.org/german/>). Diese Petition ist an die Exekutive der EU, die Europäische Kommission, gerichtet. Die Institution hatte sich zuvor geweigert, unsere Bürgerinitiative zu registrieren. Nach einem Gerichtsurteil (1) im vergangenen Jahr sah die Europäische Kommission keine andere Möglichkeit, als sie zu registrieren.

Der Mechanismus der Europäischen Bürgerinitiative ermöglicht es den Bürgern in den EU-Ländern, Maßnahmen in allen Bereichen zu fordern, in denen die Europäische Kommission die Befugnis hat, Rechtsvorschriften zu erlassen.

Eine der wichtigsten Regeln des Völkerrechts ist die Verpflichtung der Staaten, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, es sei denn, sie handeln zur Verteidigung. Insbesondere die Eroberung und Annexion von Gebieten ist verboten.

Neben der Krim gibt es mindestens drei weitere Fälle von militärischer Besetzung, die seit langem andauern und die Souveränität verletzen: Die Westsahara, die 1975 von Marokko besetzt wurde, die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und der Gazastreifen, die 1967 von Israel besetzt wurden, und die syrischen Golanhöhen, die im selben Jahr von Israel besetzt wurden.

Die Besetzung dieser Gebiete wird seit langem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und vom Internationalen Gerichtshof als eklatanter Verstoß gegen Internationales Recht bezeichnet. In der Westsahara, auf den Golanhöhen und in Palästina sind massive Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung.

In allen drei Fällen hat der Besatzer seine Zivilbevölkerung in Kolonien dort angesiedelt. Nach Auffassung des Internationalen Strafgerichtshofs ist eine solche Kolonisierung ein Kriegsverbrechen. Eine solche Umsiedlungspolitik ist besonders schwerwiegend, da sie zum Ziel hat, besetzte Gebiete dauerhaft zu behalten und de facto zu annektieren.

Ich und sechs andere haben die Europäische Kommission verklagt, weil sie sich geweigert hatte, unsere Bürgerinitiative zur Einstellung des Handels mit allen illegalen Siedlungen zu registrieren und haben vor dem Europäischen Gerichtshof gewonnen.

Wie Amnesty International (2) und Human Rights Watch (3) festgestellt haben, sind die Staaten verpflichtet, Importe aus illegalen Siedlungen zu verbieten.

Der Handel mit diesen Siedlungen unterstützt diese und beinhaltet implizit die Anerkennung der illegalen Situation. Auf diese Weise tragen die Staaten zur Aufrechterhaltung der illegalen Situation bei. Aus diesem Grund müssen sowohl die EU als Ganzes als auch ihre einzelnen Regierungen den Handel mit Siedlungen einstellen.

Dies müssen allgemeine Regeln sein, die in allen Fällen angewandt werden. Es ist jedoch wichtig, genau festzulegen, was ein Verbot von Siedlungsgütern beinhalten würde und was nicht.

Das Gesetz würde nicht für Produkte gelten, die von Menschen stammen, die unter der Besatzung leben und im Prinzip keine Staatsangehörigen der Besatzungsmacht sind. Während Waren aus israelischen Siedlungen verboten wären, wären Exporte von Palästinensern aus der Westbank und dem Gazastreifen erlaubt.

Die EU-Regierungen können im Rahmen der EU-Einfuhrvorschriften ein Verbot für Siedlungsgüter verhängen (4). Das Verbot würde auch nicht gegen das Welthandelsgesetz verstoßen.

Das Recht der Welthandelsorganisation ist nicht für illegale Siedlungen gültig. Das Gesetz selbst sieht Ausnahmen vor, die Einfuhrverbote zur Förderung des internationalen Friedens und der Stabilität erlauben.

Heuchelei

Die derzeitige EU-Praxis verlangt die korrekte Angabe des Ursprungs von Einfuhren, die so genannte Etikettierung. Obwohl die EU die israelischen Siedlungen scharf verurteilt hat, macht sie weiterhin Geschäfte mit ihnen. Die Kennzeichnung allein ist nach internationalem Recht jedoch nicht ausreichend. Vielmehr sollte der Handel mit illegalen Siedlungen gar nicht erst stattfinden. Die Tatsache, dass es dennoch geschieht, bedeutet, dass die Länder ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzen. Obwohl die Vereinten Nationen ihre Mitglieder mehrfach aufgefordert haben, die israelischen Siedlungen nicht zu unterstützen, treibt die EU weiterhin Handel mit ihnen, auch wenn sie weiß, dass sie illegal sind. Es hat sich gezeigt, dass der Handel der EU mit Siedlungen direkt zu deren Expansion beigetragen hat (5).

In der jüngsten Vergangenheit hat die Europäische Kommission EU-Regierungen wie Irland mitgeteilt, dass sie den Handel mit illegalen Siedlungen nicht unterbinden können.

Unbestreitbar ist die EU an einem Scheideweg angelangt. Eine auch nur teilweise oder uneinheitliche Achtung Internationalen Rechts und der Menschenrechte kommt einer Nichtachtung Internationalen Rechts und der Menschenrechte gleich.

Die Europäische Kommission hat behauptet, sie habe die Macht über die Handelspolitik und nicht die einzelnen Regierungen. Auf Nachfrage erklärte die Europäische Kommission jedoch, dass ein Verbot von Siedlungsgütern eine Sanktion wäre und ein einstimmiges Votum der EU-Regierungen erfordern würde, um eingeführt zu werden. Die Europäische Kommission entzog sich durch fadenscheinige Argumente vollständig der Rechenschaftspflicht.

Wendepunkt

Im letzten Jahr kam es zu einer bedeutenden Kehrtwende. Die Europäische Kommission räumte endlich ein, dass ein Verbot von Produkten aus illegalen Siedlungen keine politische Sanktion, sondern eine Handelsmaßnahme wäre und dass sie die Befugnis hätte, eine solche Maßnahme vorzuschlagen.

Warum änderte die Europäische Kommission ihren Standpunkt? Weil sie dazu gezwungen war. Ich und sechs andere haben die Europäische Kommission verklagt (6), weil sie sich geweigert hatte, unsere Bürgerinitiative zur Einstellung des Handels mit allen illegalen Siedlungen zu registrieren und haben vor dem Europäischen Gerichtshof gewonnen (7). Unser Sieg vor Gericht brachte die Dinge ins Wanken. Nachdem sie sich jahrelang ihrer eigenen Verantwortung entzogen hat, hat die Europäische Kommission nun offiziell anerkannt, dass sie befugt ist, Verbote für die Ein- und Ausfuhr von Waren aus illegalen Siedlungen vorzuschlagen.

Warum handelt die EU dann immer noch mit illegalen Siedlungen? Die einzige Schlussfolgerung, die wir ziehen können, ist, dass die Europäische Kommission wesentlich Beihilfe zu Kriegsverbrechen leistet. Den EU-Vorschriften gemäß können die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten Einfuhren aus Gründen der öffentlichen Moral und der Sozialpolitik stoppen. Die einzelnen Regierungen können also selbst ein Verbot von Siedlungsgütern verhängen, ohne dass die EU einen gemeinsamen Standpunkt einnehmen muss.

Unbestreitbar ist die EU an einem Scheideweg angelangt. Eine auch nur teilweise oder uneinheitliche Achtung Internationalen Rechts und der Menschenrechte kommt einer Nichtachtung Internationalen Rechts und der Menschenrechte gleich.

Die territoriale Gewalt nimmt immer mehr zu und die Welt beobachtet das. Nun ist die Europäische Kommission am Zug. Durch die Unterzeichnung der Bürgerinitiative können die Bürgerinnen und Bürger von der EU verlangen, dass sie die richtige Entscheidung trifft (<https://stopsettlements.org/german/>).

Ein einfaches Verfahren, das nur 20 Sekunden dauert, kann dazu beitragen, die Straffreiheit für Kriegsverbrechen zu beenden.

Tom Moerenhout ist Jurist.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/eu-must-be-pushed-ban-settlement-goods/35271>

1. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/eu-forced-admit-it-can-block-trade-israeli-colonies>
2. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/06/states-must-ban-israeli-settlement-products-to-help-end-half-a-century-of-violations-against-palestinians/>
3. <https://www.hrw.org/news/2022/02/21/europe-ban-trade-illegal-settlements>
4. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:32015R0478&from=EN>
5. https://www.madeinillegality.org/IMG/pdf/cncd_colonie_en.pdf
6. <https://electronicintifada.net/content/why-im-suing-eu-trading-settlements/29011>
7. <https://elsc.support/cases/the-european-court-of-justice-annuls-the-commissions-refusal-to-register-a-citizens-initiative-calling-for-the-regulation-of-eu-trade-with-occupied-territories>

(Innerhalb des Artikels gibt es noch weitere Links)